- 1 Leitantrag des SPD Unterbezirks Passau
- 2 Gut leben im Passauer Land Stärkung der kommunalen
- 3 Infrastruktur und Daseinsvorsorge als Garant für hohe
- 4 Lebensqualität im ländlichen Raum

5

- 6 Der Unterbezirk Passau möge beschließen:
- 7 1. Einleitung
- 8 Das Passauer Land, gelegen im Dreiländereck Bayern, Österreich und Tschechien, ist Heimat,
- 9 Arbeits- und Studienort für rund 250.000 Menschen.
- 10 Das wirtschaftliche Rückgrat der Region bilden.
- 11 Innovative Unternehmen und die Errichtung des Gründerzentrums Digitalisierung
- 12 Niederbayern machen das Passauer Land seit einigen Jahren zudem zu einer attraktiven
- 13 Gründerregion.
- 14 Unzählige Touristen strömen jährlich in die drei großen Urlaubsregionen im Passauer Land und
- 15 sind damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.
- 16 Der Bayerische Wald, das Gebiet um die Donau mit dem Donauengtal und der Drei-Flüsse-
- 17 Stadt Passau, sowie das Bayerische Golf- und Thermenland bieten attraktive Reiseziele für
- 18 Menschen aus der ganzen Welt.
- 19 Die Corona-Pandemie und auch die wirtschaftliche und digitale Transformation bedrohen die
- 20 positiven Entwicklungen der letzten Jahre gleichermaßen.
- 21 Steuer- und Einnahmenausfälle in Millionenhöhe setzen die kommunalen Haushalte unter
- 22 Druck und gefährden die Finanzierung bereits geplanter und zukünftiger Projekte.
- 23 Kommunen sehen sich gezwungen, sich auf die Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben zu
- 24 konzentrieren und bei den freiwilligen Aufgaben zu sparen.
- 25 Der technologische Wandel in der Automobil- und Zulieferindustrie bedroht zahlreiche
- 26 Arbeitsplätze und die Existenz vieler regionaler Unternehmen.
- 27 In diesen Zeiten muss der Staat finanzielle Handlungsfähigkeit zeigen.
- 28 Bund und Land dürfen die gebeutelten Kommunen nicht im Regen stehen lassen, wenn sie es
- 29 ernst mit den gleichwertigen Lebensverhältnissen meinen.
- 30 Um die Lebensqualität im Passauer Land langfristig zu erhalten und auszubauen, fordert der
- 31 Unterbezirk Passau folgende Maßnahmen.

32

33

34

## 2. Stärkung der Kommunen

- 36 Bayerischer Schutzschirm für Kommunen
- 37 Die Städte, Gemeinden und Landkreise bilden die Grundpfeiler unseres staatlichen
- 38 Zusammenlebens.
- 39 Die Kommunen tragen den Großteil der staatlichen Investitionen und sichern dadurch
- 40 regionale Arbeitsplätze, stärken die heimische Wirtschaft und sorgen für eine hohe
- 41 Lebensqualität vor Ort.
- 42 Aufgrund der Corona-Krise drohen den Kommunen in diesem und im nächsten Jahr
- 43 Steuerausfälle in dreistelliger Millionenhöhe. Diese zu erwartenden Einnahmeausfälle dürfen
- 44 nicht dazu führen, dass wichtige und teilweise lange geplante Investitionen aufgeschoben
- 45 werden.

35

- 46 Ein kommunaler Investitionsstopp hätte unmittelbar negative Auswirkungen auf die regionale
- 47 Wirtschaft und würde den Verlust zahlreicher gut bezahlter Arbeitsplätze in der Region
- 48 bedeuten.
- 49 Die zu erwartenden Mindereinnahmen dürfen nicht dazu führen, dass sich Kommunen
- 50 gezwungen sehen, bei den freiwilligen Leistungen streichen zu müssen.
- 51 Kommunale Einrichtungen wie Freibäder, Büchereien oder Sportzentren sind kein verzichtbarer
- 52 Luxus, sondern ein wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur vor Ort.
- Neben den Hilfsprogrammen des Bundes fordern wir daher einen eigenen Bayerischen
- 54 Schutzschirm für die Kommunen.
- Der Freistaat soll jeder Kommune aus eigenen Mittel in den Jahren 2021 und 2022 einen
- 56 Zuschuss in Höhe von 100 Euro pro Einwohner neben der Kompensation der
- 57 Gewerbesteuerausfälle unbürokratisch und schnell auszahlen.
- 58 Diese Unterstützung würde große und kleine Kommunen im Passauer Land deutlich entlasten.
- 59 Die Stadt Passau würde bspw. 5 Mio. €, Vilshofen 1,6 Mio. €, Ruhstorf 700.000 € und Tittling
- 60 350.000 € Zuschuss erhalten.
- 61 Finanzielle Eigenständigkeit und Gestaltungsspielräume
- Für eine nachhaltige Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge brauchen die Kommunen
- 63 mehr finanzielle Eigenständigkeit und Gestaltungsspielräume.
- 64 Derzeit müssen Kommunen mit hohem bürokratischem Aufwand gezielt und projektbezogen
- 65 um Fördermittel aus zahlreichen verschiedenen Fördertöpfen werben.
- 66 Wir wollen den Kommunen mehr eigenständigen finanziellen Gestaltungsspielraum
- einräumen und die Abhängigkeit von projektbezogenen Fördertöpfen reduzieren.
- 68 Statt vieler kleinteiliger Förderprogramme wollen wir eine umfangreiche und eigenständige
- 69 Grundfinanzierung für kommunale Kernaufgaben, aber auch für freiwillige Aufgaben.
- 70 Zur Stärkung kleiner Gemeinden muss die interkommunale Zusammenarbeit weiter
- 71 vorangetrieben werden.

## 3. Stärkung der Gesundheitsregion

- 73 Reform der Krankenhausfinanzierung
- 74 Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen ambulanten und stationären Versorgung in
- 75 Wohnortnähe ist elementarer Bestandteil der örtlichen Daseinsvorsorge im
- **76** Gesundheitsbereich.
- 77 Die medizinische Versorgung im Passauer Land ist mit dem städtischen Krankenhaus in Passau
- van den Kreiskliniken in Rotthalmünster, Vilshofen und Wegscheid gut aufgestellt.
- 79 Das derzeitige Finanzierungssystem über Fallpauschalen erschwert jedoch einen
- 80 wirtschaftlichen Betrieb gerade kleiner Krankenhäuser.
- Viele Kommunen sind deshalb gezwungen, ihre Kliniken mit hohen Zuschüssen zu
- 82 unterstützen.
- 83 Ohne eine Reform des Krankenhaus-Finanzierungssystems droht mittelfristig die Schließung
- 24 zahlreicher kommunaler Kliniken mit katastrophalen Folgen für medizinische Versorgung im
- 85 ländlichen Raum.
- 86 Gerade eine immer älter werdende Bevölkerung ist auf eine wohnortnahe ambulante und
- 87 stationäre Gesundheitsversorgung angewiesen.
- Wir streben deshalb eine Reform der Krankenhausfinanzierung an.
- 89 Das DRG-System mit Fallpauschalen ist nicht geeignet, die Finanzierung der medizinischen
- 90 Versorgung gerade in ländlichen und strukturschwachen Regionen dauerhaft sicherzustellen.
- 91 Das bestehende System ermöglicht keine regionale Differenzierung und führt zu
- 92 unerwünschtem Wettbewerb unter den Kliniken, durch Fallzahlausweitung, Fallsplitting und
- 93 durch Durchführung nicht indizierter Prozeduren.
- 94 Wir wollen deshalb eine feste Grundfinanzierung, die die akute und stationäre Versorgung
- 95 inklusive der anfallenden Personalkosten dauerhaft sicherstellt.
- 96 Die Höhe dieser Grundfinanzierung und damit die Finanzierung der jeweiligen Vorhaltekosten
- 97 darf nicht allein von der Größe eines Krankenhaues abhängen.
- 98 Stattdessen soll die Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung in der Region maßgeblich
- **99** sein.

104

- 100 Diese Grundfinanzierung kann durch eine leistungsbezogene Abrechnungskomponente
- 101 ergänzt werden.
- 102 Um die stationäre Geburtshilfe zu stärken, wollen wir ein Förderprogramm für mehr
- 103 Hebammenstellen.
- Förderung der Heilbäder und Kurorte
- 106 Das niederbayerische Bäderdreieck ist deutschlandweit bekannt für seine Kurorte und
- 107 Heilbäder.

108 109 110	Die Kurgemeinden Bad Griesbach und Bad Füssing locken Jahr für Jahr unzählige Gäste in das Passauer Land und sind eine wichtige Säule für die Wirtschaft und den Tourismus in der Region.			
111 112	Seit Jahren kämpfen die Kurorte mit einem wachsenden Investitionsbedarf und steigenden Kosten für Personal und Erhalt der Anlagen.			
113 114	Die finanziellen Belastungen durch die Corona-Pandemie mit monatelangen Schließungen und strengen Hygieneanforderungen setzen die Kur-Gemeinden zusätzlich unter großen Druck.			
115	Die Einnahmeausfälle werden in diesem Jahr verheerend sein.			
116 117 118	Wir fordern daher, dass <b>ambulante Vorsorgemaßnahmen wie z.B. ambulante Badekuren</b> wieder in den Pflichtleistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen würden.			
119 120 121	Dies wäre ein wichtiges bundespolitisches Signal, von dem nicht nur zahlreiche Patientinnen und Patienten, sondern auch die Kurorte und damit unsere heimische Wirtschaft profitieren würde.			
122 123	Die Übernahme der coronabedingten Einnahmeausfälle bei den Gewerbesteuern durch den Bund ist eine große Hilfe für die Kommunen.			
124 125 126	Kurorte und andere Kommunen, die besonders vom Tourismus abhängig sind, leiden aber zusätzlich unter dem Ausfall von Kurbeiträgen und Fremdenverkehrsbeiträgen, die bisher nic ersetzt werden.			
127 128	Wir fordern deshalb zusätzlich einen <b>Ausgleich der Einnahmeausfälle bei den</b> <b>Tourismusabgaben</b> .			
129 130	Kurorte mit ihren Einrichtungen sind keine Kommunen, wie andere es sind, weil sie zusätzlich eine umfangreiche Infrastruktur wie z.B. Kurparks und Kurhäuser unterhalten müssen.			
131	Zur Erfüllung dieses Mehraufwands brauchen sie deshalb mehr staatliche Unterstützung.			
132 133	Wir fordern daher eine stärkere Berücksichtigung der Mehrausgaben bei den Zuschüssen aus dem kommunalen Finanzausgleich.			
134				
135	Medizinische Fakultät und Uniklinik			
136 137	Niederbayern ist der einzige Regierungsbezirk ohne eine staatliche Medizinerausbildung und ohne ein Universitätsklinikum.			
138 139 140	Gleichzeitig droht dem Regierungsbezirk und auch im Passauer Land in naher Zukunft ein drastischer Ärztemangel, da viele niedergelassene Ärzte in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden.			
141	Ein Praxissterben unbekannten Ausmaßes wäre die Folge in Stadt und Landkreis Passau.			
142	Gerade ländlicheren Gebieten droht selbst die hausärztliche Versorgung dauerhaft auszufallen.			
143 144	Um Ärztemangel und Praxissterben zu verhindern, brauchen wir deshalb auch in Niederbayern endlich eine staatliche Medizinerausbildung.			

145 146 147	Dadurch kann gewährleistet werden, dass junge Ärztinnen und Ärzte, die vor Ort ausgebildet werden, auch nach Abschluss ihrer Ausbildung in der Region bleiben und sich im Passauer Land niederlassen.			
148 149 150	Aus diesem Grund wurde bereits im Jahr 2018 auf Initiative der SPD-Fraktion im Passauer Stadtrat eine lokale Expertengruppe eingesetzt, die sich mit der Gründung einer medizinischer Fakultät an der Universität Passau befassen soll.			
151 152	In dieser Folge fand dieses Vorhaben immer mehr Unterstützer aus Politik, Universität, Ärzteschaft und Zivilgesellschaft in Stadt und Landkreis Passau.			
153 154 155	Aufgrund der breiten Unterstützung in der Region sah sich auch Ministerpräsident Markus Söder gezwungen, eine Expertenkommission zur Gründung eines "Medizincampus Passau" einzusetzen.			
156 157	Auch der Stadtrat der Stadt Passau blieb in der Folge nicht untätig und beschloss in großer Einstimmigkeit kürzlich den Ausbau des Klinikums Passau zum Maximalversorger.			
158 159	Damit schafft die Stadt Passau die Grundvoraussetzung für die Hochstufung und den Ausbau des Klinikums Passau zum Universitätsklinikum.			
160 161 162	Auch die Leitung der Universität Passau unterstützt diese Bemühungen und arbeitet an einem Konzept, nach dem die Hochschule zur Volluniversität mit naturwissenschaftlichen Fakultäten ausgebaut werden soll.			
163	Die SPD in Stadt und Landkreis Passau trägt großen Anteil an den bisherigen Erfolgen.			
164 165	Jetzt gilt es, diese Anstrengungen noch einmal zu intensivieren und dadurch zu zeigen, dass d Region bereit ist, dieses Großprojekt gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren zu stemmen.			
166 167	Wir fordern deshalb erneut den Aufbau einer medizinischen Fakultät an der Universität Passau und die Errichtung eines Universitätsklinikums am Klinikum Passau.			
168 169 170	Hierbei ist uns besonders wichtig, dass auch die Kreis- und Fachkliniken im Passauer Land in ein Gesamtkonzept eingebunden werden, damit die gute medizinische Versorgung in der ganzen Region erhalten werden kann.			
171				
172	4. <u>Infrastruktur und Verkehr</u>			
173	Attraktiver ÖPNV: Ein-Stunden-Takt und vereinfachte Reaktivierung von Bahnstrecken			
174 175	Der Verkehrssektor ist in Bayern noch immer einer der Hauptverursacher von CO2- Emmissionen.			
176 177	Gerade im ländlichen Raum sind die Menschen mangels Alternativen vielfach auf ein Auto zur Bewältigung ihres Alltags angewiesen.			
178 179 180	Damit die Verkehrswende auch im ländlichen Raum gelingen kann, brauchen wir deshalb einen attraktiven und leistungsstarken ÖPNV als elementare Säule für gleichwertige Lebensverhältnisse.			

181 182	Es ist klar, dass die Menschen im Passauer Land auch in Zukunft nicht völlig auf einen PKW verzichten werden können.			
183 184	Deshalb ist unser Ziel, dass durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Zukunft vermehrt auf die Anschaffung und das Vorhalten eines Zweit- oder Drittwagens verzichtet werden kann.			
185 186 187	Hierfür wollen wir <b>die bestehenden Netze ausbauen</b> , die unterschiedlichen Verkehrsträger und Verkehrsmittel untereinander besser verknüpfen und den <b>barrierefreien Ausbau von</b> <b>Bahnhöfen und Haltestellen</b> vorantreiben.			
188 189 190	Wir fordern die Einführung stadt- und landkreisübergreifender Verkehrsverbünde und eine integrierte und abgestufte Verkehrsplanung unter Berücksichtigung aller Verkehrsträgerund mittel.			
191 192	Auch Shared-Mobility-Konzepte, Park-and-Ride-Angebote und kombinierte Radkonzepte wollen wir noch besser fördern.			
193 194	Mit diesen Maßnahmen wollen wir mittelfristig einen Ein-Stundentakt in allen Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern erreichen.			
195 196	Für die Erleichterung der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken streben wir eine <b>Reform des</b> bayerischen ÖPNV-Gesetzes an.			
197 198	Kern dieser Reform ist die Einführung realistischer Reaktivierungskriterien und die Abschaffung des Verbots des Parallelverkehrs von Bahn und Bus.			
199	Dabei darf es zu <b>keinen Verschlechterungen am Status Quo beim Schülerverkehrs</b> kommen.			
200	Daneben fordern wir stärkere Anstrengungen bei der Elektrifizierung des Schienennetzes ein.			
201 202	Unser Ziel ist es, das Schienennetz attraktiver zu machen und den Anteil des Dieselverkehrs zugunsten schadstoffarmer elektrischer Antriebe deutlich zu senken.			
203				
204	Breitbandausbau: Glasfaserinternet bis zum letzten Hof			
205 206	Trotz großer Bemühungen und hoher Investitionen fehlt es in vielen Gemeinden im Passauer Land an einer <b>flächendeckenden Anbindung an ein schnelles Glasfaser-Internet</b> .			
207 208	Hier geht es um einen elementaren Schritt bei der konsequenten Durchsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse.			
209 210 211	Die Anbindung an Glasfaser-Internet ist in unserer heutigen Zeit Teil einer essentiellen öffentlichen Daseinsvorsorge. Genauso wie die Versorgung mit Strom, mit Wasser oder die Anbindung an ein funktionierendes Straßennetz.			
212 213	Schnelles Internet ist kein Luxus mehr, sondern stellt einen wirtschaftlichen Wettbewerbs- und Standortfaktor dar.			
214 215 216	Insbesondere die Erfahrungen während der Corona-Pandemie zeigen, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Beruf grundsätzlich auch von zu Hause ausüben können. An einer mangelhaften Internetverbindung darf Homeoffice nicht länger scheitern.			

217 218 219	Für uns steht fest, dass auch abgelegene Dörfer an das Hochleistungsnetz angeschlossen werden müssen, damit junge und gut qualifizierte Menschen nicht gezwungen sind, ihren Heimatort verlassen müssen.			
220 221	Deshalb fordern wir eine Up- und Downloadgeschwindigkeit von mindestens 100 Mbit/s für private Haushalte und Geschwindigkeiten im Gigabit-Bereich für Schulen und Gewerbegebiete.			
222 223	Kommunen mit schwieriger Finanzlage, die den Eigenanteil nicht aufbringen können, müssen zudem besser unterstützt werden.			
224				
225	Mobilfunknetz: Beseitigung weißer Flecken und Einführung nationalen Roamings			
226 227	Noch immer gibt es in Bayern zahlreiche Funklöcher. Insbesondere entlang wichtiger Verkehrswege, Autobahnen und Zugstrecken, kommt es immer noch zu Netzausfällen.			
228 229	Eine zuverlässige Nutzung des Mobilfunks für Telefonie oder mobiles Internet ist immer noch nicht überall sichergestellt.			
230	Unser Ziel ist ein <b>flächendeckendes Mobilfunknetz mit</b> LTE und darauf aufbauend 5G.			
231 232	Neben der <b>Abdeckung weißer Flecken</b> fordern wir deshalb die E <b>inführung von nationalem</b> <b>Roaming</b> .			
233 234	Dann können sich Mobilfunkgeräte automatisch in das beste verfügbare Netz am jeweiligen Standort einbuchen, auch wenn es sich dabei nicht um das Heimnetz handelt.			
235 236	Dadurch kann in Regionen, in denen bereits Masten einzelner Mobilfunkanbieter stehen, schnell und ohne weitere Baumaßnahmen eine bessere Netzabdeckung erreicht werden.			
237 238 239	Die Abschaffung der Roaminggebühren innerhalb der Europäischen Union war ein voller Erfolg. Es ist höchste Zeit, dass wir nationales Roaming ermöglichen, auch gegen den Widerstand der Netzbetreiber.			
240				
241 242	Abnahmeverpflichtung zu Festpreisen für Energieversorger von Strom aus PV-Anlagen, die nach 20 Jahren Vergütungsdauer aus dem EEG fallen.			
243 244 245 246	Das Passauer Land ist eine sehr sonnenreiche Gegend. Deshalb gibt es hier überdurchschnittlich viele Photovoltaik-Anlagen zur Stromerzeugung, gerade auch von Privatpersonen mit Kleinanlagen (bis 10 KWp). Bisher mit entsprechender Förderung durch das EEG.			
247 248 249	Allerdings haben Erzeuger mit Anlagen, die älter als 20 Jahre sind, ab 2021 keinen Anspruch mehr auf Abnahme und Vergütung des erzeugten Stroms. Auch das Einspeisen ist nicht mehr erlaubt.			
250 251 252 253	Die einzigen Möglichkeiten bestehen darin, den erzeugten Strom vollständig selbst zu verbrauchen oder direkt zu vermarkten, was für Betreiber von Kleinanlagen unwirtschaftlich und höchst bürokratisch ist. Auch der vollständige Eigenverbrauch ist realitätsfremd, da eine durchschnittliche Anlage in den Sommermonaten weit mehr Strom erzeugt, als ein			

254 255	durchschnittlicher Verbraucher benötigt. Außerdem müssen die Besitzer von PV-Anlagen für ihren Eigenverbrauch sogar noch eine Abgabe zahlen.			
256 257	Aufgrund dieser Hürden besteht die Gefahr, dass deshalb vollfunktionsfähige PV-Anlagen zurückgebaut werden.			
258 259	Bis zum Jahr 2025 fallen so bundesweit Anlagen mit über eine Gigawatt peak (GWp) Solarleistung aus der EEG-Förderung.			
260 261	Voraussetzung für den Ausstieg aus der Braunkohle ist jedoch ein Ausgleich durch Hochfahren der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien, also auch aus "PV-Strom".			
262 263	Wir fordern deshalb, dass der Strom aus PV-Anlagen, die nach 20 Jahren Vergütungsdauer aus dem EEG fallen, ohne zusätzlich Abgaben selbstverbraucht werden darf.			
264 265 266 267	Außerdem darf der überschüssige Strom wie bisher ins Netz eingespeist werden. Dafür wird eine feste Vergütung von 5 Cent pro KWh vergütet. Diese läge minimal über den Markt (Börsen)preis, jedoch weit unter der derzeitigen EEG-Förderung und wäre eine sachgerechte und faire Anschlussvergütung.			
268				
269	Flächenverbrauch: Anreizsystem anstatt starrer Flächenobergrenzen			
270 271 272	Dank der hervorragenden Lebensqualität, guter Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtung sowie hochwertiger Arbeitsplätze erleben wir im Passauer Land eine positive Bevölkerungsentwicklung.			
273	Wie im gesamten Freistaat nimmt dadurch auch die Flächeninanspruchnahme zu.			
274 275 276	Für uns steht außer Frage, dass der Flächenverbrauch in Zukunft möglichst stark reduziert werden muss, um die Vernichtung wichtiger Böden und die weitere Zersiedelung der Landschaft zu verhindern und die Schönheit Bayerns zu erhalten.			
277 278	Nach den ambitionierten Zielen der Bundesregierung muss Bayern seinen Flächenverbrauch bis 2030 auf fünf Hektar pro Tag reduzieren.			
279 280	Diese Vorgaben dürfen jedoch nicht dazu führen, dass in Zukunft den Kommunen jegliche Entwicklungsmöglichkeiten aus der Hand genommen werden.			
281 282 283	Die Kommunen müssen auch in Zukunft Bau- und Gewerbegebiete ausweisen können, wenn Bedarf besteht, damit auch junge Familien weiterhin die Chance haben, sich in ihrer Heimat ei eigenes Heim zu schaffen.			
284	Ein starres Flächenbudget oder eine Flächenobergrenze darf es deshalb nicht geben.			
285 286	Eine feste Obergrenze wäre ein kaum zu rechtfertigender Eingriff in die kommunale Planungshoheit und das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.			
287 288	Stattdessen fordern wir ein wirksames Anreizsystem für die Kommunen und Erleichterungen im Bauplanungsrecht.			
289	Dazu zählen unter anderem:			

290 291	Eine Stärkung der Ortszentren durch konsequente Innen- vor Außenentwicklung und ein aktives Leerstandsmanagement.			
292 293	Eine <b>bessere Unterstützung</b> insbesondere kleinerer Gemeinden bei der <b>städtebaulichen</b> Entwicklung.			
294 295	<b>Erleichterte Möglichkeiten für Aufstockungen</b> , um das Bauen in die Höhe anstatt in die Breite zu fördern.			
296 297	Die <b>Revitalisierung von Einfamiliengebieten</b> durch eine bedarfsorientierte und individuelle Quartiersplanung sowie die <b>Förderung von nachhaltigem Geschosswohnungsbau</b> .			
298 299 300	Wir sind überzeugt, dass die Kommunen mit den richtigen Instrumenten an der Hand, die notwendige Reduzierung des Flächenverbrauchs eigenständig und ohne Bevormundung erreichen können.			
301				
302	Ende der Grenzkontrollen an der A3			
303 304	Die stationären Grenzkontrollen an der Autobahn A3 bei Pocking müssen endlich beendet werden.			
305 306	Die aktuellen Zahlen der Bundespolizei bestätigen, dass die stationären Grenzkontrollen ihren Zweck, die Verhinderung illegaler Migration zu erreichen, vollkommen verfehlen.			
307 308	Die strafrechtlich relevanten Aufgriffe der Bundespolizei betreffen hauptsächlich Verkehrs- und Drogendelikte sowie Kleinkriminalität.			
309 310	Da die Grenzkontrollen weit hinter der Landesgrenze durchgeführt werden, ist eine Umgehung der Kontrollen über einen der zahlreichen unkontrollierten Grenzübergänge leicht möglich.			
311 312	Durch den Umgehungsverkehr werden umliegenden Anrainergemeinden übermäßig belastet. Zahlreiche Ortsdurchfahrten werden seit Monaten durch den LKW-Transitverkehr verstopft.			
313	Vielerorts droht ein Verkehrskollaps.			
314	Die Abgas- und Lärmbelastung für die betroffenen Anwohner in den Ortszentren ist enorm.			
315 316	Für die Berufspendler und regionalen Handwerksbetriebe bedeuten die Grenzkontrollen regelmäßig einen Zeitverlust.			
317 318 319	Das Festhalten an diesem Zustand bedeutet eine andauernde Belastung der heimischen Wirtschaft und der Landkreisbewohner, ohne dass es für die Aufrechterhaltung der Kontrollen sachliche Gründe gibt.			
320 321 322 323	Die bayerische Grenzpolizei bleibt ein Etikettenschwindel. Die Erfolge der Grenzpolizei sind die die Erfolge der bisherigen Schleierfahndung. Das Bundesverfassungsgericht hat klagestellt, dass Bayern keine Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Grenzsicherung hat. Bayern hat eine Grenzpolizei ohne grenzpolizeiliche Befugnisse.			
324 325 326	Zur wirksamen Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität fordern wir stattdessen intelligente Grenzkontrollen und eine personell und technisch gut ausgestattete Schleierfahndung.			

327				
328	5. Zusammenfassung			
329				
330	Der Unterbezirk Passau fordert:			
331	1.	Bayerischer Schutzschirm für Kommunen in Höhe von 100 € pro Einwohner		
332	2.	Mehr finanzielle Eigenständigkeit und Gestaltungsspielräume für Kommunen		
333	3.	Reform der Krankenhausfinanzierung und Einführung einer Grundfinanzierung		
334	4.	Aufnahme der ambulanten Kuren in den Pflichtleistungskatalog der Krankenkassen		
335 336 337	5.	Ausgleich der Einnahmeausfälle bei Kur- und Fremdenverkehrsabgaben für Kur- Tourismusgemeinden und Berücksichtigung der speziellen Infrastruktur der Kurorte beim kommunalen Finanzausgleich		
338	6.	Attraktiver und leistungsstarker ÖPNV im ländlichen Raum		
339 340	7.	Erleichterung der Reaktivierung von Bahnstrecken ohne Beeinträchtigung des Schülerverkehrs		
341	8.	Flächendeckendes Hochleistungsinternet bis zum letzten Hof		
342 343	9.	Beseitigung weißer Flecken im Mobilfunknetz und Einführung von nationalem Roaming		
344 345	10	. Abnahmeverpflichtung zu Festpreisen für Energieversorger von Strom aus PV- Anlagen, die nach 20 Jahren Vergütungsdauer aus dem EEG fallen.		
346	11.	Anreizsystem zum Flächensparen statt starrer Obergrenzen		
347	12.	Beendigung der Grenzkontrollen an der Autobahn A3		
348				